

Atomare Dauerkatastrophe erreicht »Alarmstufe 3«



Ein Wahlkampf, der an seiner (partei-)politischen Lethargie, seinen inhaltslosen Phrasen und seinen gesellschaftlichen Demobilisierungseffekten beinahe erstickt, gerät zu einem schlechten Theater, zu einer schnell vergessenen »Fußnote« der Wahl- und Weltgeschichte, wenn nicht die wirklich drängenden existenziellen Menschheits- und Umbauprobeme des globalen Weltrisikokapitalismus offen angesprochen werden. Gemeint sind: Energiewende, Atomausstieg, globale Klimastabilisierung usw.

Gerade in Wahlkampfzeiten sind die neuesten atomaren Katastrophenereignisse in Fukushima ein zwingender global- und energiepolitischer Anlass und Beweggrund, die nach wie vor umkämpfte (welt-)gesellschaftliche Energiewende, die Kritik erfordernde schwarz-gelbe Atompolitik, den vertagten und bewusst verschleppten »Atomausstieg« zu einem zentralen Wahlkampfthema zu machen.

Wir erleben aber genau das Gegenteil: Das atomare Fukushima-Syndrom ist in den bürgerlichen Partei- und Wahlkontroversen nicht angekommen und wird in den Medien gerade einmal als »kleines Randthema«, als eine vermeintlich »unbedeutende Katastrophen-Nachricht« des weltwirtschaftlich, sozioökonomisch und ökophysikalisch katastrophal gewordenen Weltrisikokapitalismus abgehandelt.

Was sich schon seit Monaten in der völlig zerstörten AKW-Anlage Fukushima, den Reaktorblöcken 1 bis 4, abspielt, (der Atom-GAU ereignete sich im März 2011), kann oder könnte die Vorstufe eines sich möglicherweise bereits anbahnenden, zweiten atomaren GAU-Geschehens sein.

Die japanische Gesellschaft hat als einzige in der sich formierenden Weltgesellschaft ein doppeltes (kriegs-)geschichtliches atomares Katastrophen-Trauma erlitten: Das erste brach herein mit den zwei Atombombenabwürfen der US-Luftwaffe auf Hiroshima und Nagasaki (August 1945), bei denen in beiden (total zerstörten) Städten etwa 350.000 JapanerInnen den grauenvollen Atomtod fanden. Das zweite ist die »zivile« atomare Dauerkatastrophe von Fukushima, die bis auf den heutigen Tag und vor der Weltöffentlichkeit von atompolitisch verblendeten Regierungen, dem Atomstrom-Monopolisten Tepco und der politisch und »wissenschaftlich« einflussreichen Atomlobby verharmlost, klein geredet oder als »singuläres, beherrschbares Atomunglück« öffentlich verkauft wird.

Seit Ende August diesen Jahres häufen sich die – in den Medien heruntergespielten – Randmeldungen und Kurzberichte über »Störfälle«, leckende Wasserauffangbecken und Wassertanks, aus denen hochradioaktiv verseuchtes Kühlwasser austritt und ungehindert ins Meer fließt, es sind Hunderte von Tonnen – nach Angaben von Tepco. In der Atomanlage und den Reaktorgebäuden wurde einfließendes Grundwasser festgestellt und Strahlenwerte von mehr als 100 Millisievert pro Stunde gemessen. An einem der Tanks ergab eine Messung der Techniker von Tepco einen 18-fach erhöhten Strahlenfreisetzungswert! Das ist eine Strahlenmenge und -belastung, die nach etwa vier Stunden zum Tod führt (die tödlich wirkende Strahlenfreisetzung wurde am 1. September des Jahres festgestellt).

Dass die dortigen Behörden nach der eingetretenen Atomkatastrophe vom März 2011 die Grenzbelastung für Arbeiter auf 100 Millisievert über fünf Jahre festgelegt haben, scheint in strahlentechnischer Vorausahnung und Einkalkulation solch atomarer GAU-Folgen und schwerwiegender radioaktiver »Strahlen-Komplikationen« geschehen zu sein, Alles das entspringt einer radiotoxikologischen pervertierten Handlungs- und Belastungs»logik« (nicht nur des japanischen) Atomstaats, der sich selbst von einem minimalen verantwortbaren und strahlenmedizinisch noch vertretbaren Arbeits- und Gesundheitsschutz für AKW-Arbeiter in der extrem strahlenden AKW-Ruine längst verabschiedet hat.

Zum Vergleich, der sich aber nur auf behördlich festgelegte radioaktive Belastungswerte bezieht, die nichts über die individuellen gesundheitlichen Wirkungen und biologischen Langzeitfolgen der aufgenommenen Strahlenbelastung im Organismus des Arbeiters, der Arbeiterin aussagen, der Strahlenwert in Deutschland: Er darf im gesamten Berufsleben nicht mehr als 20 Millisievert pro Jahr betragen; einem japanischen AKW-Arbeiter wird in einem Jahr eine Strahlenbelastung zugemutet, die ein deutscher in insgesamt fünf Jahren erhalten darf.

Was da in Fukushima bei den versuchten und durchgeführten Reparatur- und Dekontaminationsarbeiten in der Atomruine und ihrem näheren Umkreis tatsächlich passiert, ist nichts anderes als faktisch ein atombehördlich zugelassenes, radiotoxikologisches Menschenexperiment mit der psychosomatischen Gesundheit, der subjektiven Arbeitskraft und Leistungsfähigkeit und nicht zuletzt dem verkürzten biologischen Lebensalter der dort arbeitenden Menschen.

Auch das in die Atomanlage eindringende Grundwasser ist ein dramatisches Katastrophensignal und ein konkreter Hinweis darauf, dass die Fundamente der Reaktorgebäude – sehr wahrscheinlich infolge schwerer Erschütterungen (Erdbeben, Explosionen im März 2011) sowie enormer Hitze- und Strahleneinwirkungen – weitere Beschädigungen und Undichtigkeiten erhalten haben. Damit ist ein hydromechanischer Gefahrenzustand eingetreten, in dem das Grundwasser sich mit dem verseuchten Kühlwasser mischt, also jenes selbst kontaminiert wird, und in die Gegenrichtung, nämlich von oben nach unten in die Grundwasserspeicher abfließen bzw. einsickern kann.

Hier bahnt sich womöglich eine radioaktive Katastrophenausweitung auf das lebenswichtige Versorgungselement Grundwasser an, d.h. es kann zu einer atomaren Verseuchung der unterirdischen Grundwasserspeicher kommen. Das kontaminierte Grundwasser wäre dann als Trink- und Versorgungswasser für Jahrhunderte, ja Jahrtausende vergiftet und unbrauchbar! Diese hydrologische Horrorvorstellung würde nochmals gesteigert werden, wenn eine extrem erhitzte Kernschmelzmasse von einem der beschädigten Reaktordruckbehälter sich durch den Reaktorboden und das darunter liegende Erdreich »fressen« würde, um schlussendlich in den Grundwasserspeichern zu versinken.

Der atomkritische Gesamtblick kann aber nicht auf die neue radioaktive Gefahrenlage, die zwischenzeitlich von der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien (IAEA) von Stufe 1 (»Anomalität«) auf Stufe 3 (»ernster Zwischenfall«) in der internationalen Bewertungsskala für Atomunfälle angehoben wurde, in der Atomruine beschränkt bleiben. Er muss sich mit gleicher kognitiver Intensität, Wachsamkeit und präventiver Vorsorge auf die Gesundheit, durch Radioaktivität ausgelöste und verstärkte Strahlenkrankheiten und eine erhöhte Rate von Neuerkrankungen der Wohn- und Arbeitsbevölkerung, namentlich von Kleinkindern, Jugendlichen, chronisch kranken und älteren Menschen richten.

Eine erste Erkrankungstendenz, in der sich immer – was in Statistiken meist untergeht – individuelle, humane und familiäre Erkrankungsschicksale zusammenfassen, ist von strahlenmedizinischer Bedeutung: Nach Angaben der Präfektur Fukushima ist die Anzahl von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren, die an Schilddrüsenkrebs früherkrankten, seit dem GAU auf 18 gestiegen.

Wer angesichts der mehrfachen, noch überhaupt nicht eingrenzbaaren, atomaren Gefahren- und Katastrophenlage gezielte und wissende Desinformationen und Lügen verbreitet, wie »wir haben alles unter Kontrolle«, oder Strahlenwerte manipuliert und als »harmlos« hinstellt, wie es der Tepco-Atomkonzern in der Vergangenheit getan hatte und weiterhin tut, dem muss das Krisenmanagement sofort aus der Hand genommen werden.

Aber nicht nur das: Die Hauptverantwortlichen des Atomkonzerns gehören vor ein nationales Strafgericht oder gleich vor einen internationalen Umweltgerichtshof gestellt, den einzurichten vor einiger Zeit der bolivianische Staatspräsident Evo Morales zu Recht gefordert hat. Ob allerdings ein staatliches Krisenmanagement die sich wieder zuspitzende Katastrophensituation des zerstörten Atommeilers wesentlich besser in den Griff bekommt, ist mit einem großen Fragezeichen zu versehen.

Steht doch mit Shinzo Abe ein Premier an der Spitze der neuen Regierung, der ein strammer, lernunfähiger AKW-Befürworter ist. Weshalb er gleich nach seinem Amtsantritt die Atomausstiegspläne von Vorgänger Naoto Kan schnellstens in der Versenkung verschwinden ließ. Mit dieser »Aufräummaßnahme« hat sich der undurchdringliche Politfilz, das atompolitisch monolithische Kartell von nachdenklich gewordenen Abweichlern getrennt, beziehungsweise sie sozusagen kalt-, und seinen atompathologischen Produktions-, Macht- und Katastrophenbeherrschungswahn wiederhergestellt.

Anstatt in Japan, dem Land mit dem doppelten Atomfolgen-Trauma, den gesellschaftlichen Entwicklungspfad in eine nicht-atomare, sozial-ökologische Zivilisation und Reproduktionsweise unverzüglich zu öffnen, blockiert und verhindert die amtierende Regierung Abe diese große, überlebensnotwendige technologiepolitische Transformation. Sie führt damit ihr Land, große Teile ihrer Bevölkerung und ökophysikalischen Naturgrundlagen noch näher an real-mögliche atomare Pathologien, die nach dem GAU 2011 längst eingetreten sind, und ökologische Ruinierungen, ja Abgründe heran.

Aber auch im fernöstlichen Japan beginnt sich eine atomkritische, öffentlichkeitswirksame Atomausstiegsbewegung zu formieren, die unsere politisch-ethische Solidarität, länderübergreifende und energiepolitisch-alternative Unterstützungsarbeit verdient.

Winfried Wessolleck arbeitet als Sozialwissenschaftler und Wissenschaftsjournalist in Berlin. Zuletzt schrieb er in Heft 1/2012 von Sozialismus »Die Weltstaatengemeinschaft gerät immer tiefer in die Treibhausfalle«.

Quelle: https://www.sozialismus.de/kommentare_analysen/detail/artikel/atomare-dauerkatastrophe-erreicht-alarmsstufe-3/